

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlung. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1,20 RM. Unter Streifenband für
 Deutschland und Österreich-Litauen
 3,- RM, für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Weltbestellungen nehmen an: Lüne-
 markt, Holland, Lüneburg, Schweden
 und die Schweiz. Postbezug in die
 Weltzeitungs-Vertriebe.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die feingedruckte Kolonellzeile kostet
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 ist gedruckte Wort 30 Pf. (schlieflich
 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere
 Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gemeinlichliche Beiträge - Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 3 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, ankommen
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. | Sonnabend, den 11. Mai 1918. | Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der neue Sperrangriff auf Ostende.

Wieder ein Sperrangriff gegen Ostende.

Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Englische Seekreit-
 Kräfte unternahmen am 10. Mai, 3 Uhr morgens, nach heftiger
 Beschießung erneut einen Sperrangriff gegen Ostende. Mehrere feind-
 liche Schiffe, die unter dem Schutze künstlichen Nebels in den Hafen ein-
 dringen wollten, wurden durch das vortrefflich geleitete Feuer unserer
 Küstenbatterien abgewiesen. Ein alter Kreuzer liegt gänzlich
 zusammengebrochen außerhalb des Fahrwassers vor dem Hafen auf dem Grund.

Die Einfahrt ist völlig unbehindert.

An Bord des geschnittenen Schiffes wurden nur noch Tote vor-
 gefunden. Zwei Ueberlebende waren über Bord gesprungen und sind
 gefangen. Nach bisheriger Ermittlung wurden mindestens zwei
 feindliche Motorboote abgeschossen, ein Monitor
 schwer beschädigt. Der Sperrversuch ist somit völlig vereitelt.
 Übermüdet hat der Gegner Menschenleben und Fahrzeuge umsonst
 geopfert.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Der zweite Versuch der
 Engländer, an die ihnen mit jedem Tage unbehaglicher werdenden
 flandrischen U-Boot-Stützpunkte heranzukommen, traf unser
 Marinekorps ebenso vorbereitete, wie der erste.
 Es war vorzuziehen, daß die englische Admiralität es bei einem
 Versuche nicht bewenden lassen würde. Die Gründe, warum dies-
 mal nur ein Angriff gegen Ostende erfolgte, sind im Augenblick noch
 nicht zu übersehen. Zwar wurde vor Nebrügge gleich-
 zeitig mit dem Angriff gegen Ostende starker künstlicher
 Nebel von den Engländern entwickelt, jedoch geschah
 dies offenbar nur zur Ablenkung. Der Feind eröffnete am
 Morgen des 10. Mai um 2 Uhr 45 Minuten von See und Land aus
 das Feuer auf unsere Batterien bei Ostende; einige Minuten später
 wurde ein starker künstlicher Nebel erzeugt.
 Als zwei Minuten nach 3 Uhr künstlich Ostende zwei Kreuzer in
 dem Nebel gesichtet wurden, setzte sofort von unseren schweren
 Batterien aufstrebendes Zielfeuer ein, nachdem schon vorher Sperre-
 feuer vor die Einfahrt geleitet war. Der eine Kreuzer drehte nach
 Westen ab, der andere nach Norden. Letzterer wurde dann wieder-
 holt in Nebel wieder erkennbar und jedesmal von neuem be-
 schossen. Um 3 Uhr 34 Minuten tauchte er nochmals vor der Ein-
 fahrt auf und sank, von allen Seiten unter schwerem
 Feuer genommen.

außerhalb des Fahrwassers.

Inzwischen waren von unseren Batterien vereinzelt erkenn-
 bare Ziele auf See beschossen. Ein fliegendes und nicht feuern-
 der Monitor, der offenbar außer Sicht gesteckt war, wurde um
 4 Uhr 13 Minuten ausgemacht, er wurde aber gleich darauf vom
 Feinde wieder völlig eingeebnet. Der gestrandete Kreuzer ist nach
 aufgefundenen Papieren der Vindictive.
 Unsere eigenen Verluste sind, wie bei dem ersten Unternehmen,
 wieder erfreulich gering.

Der englische Bericht.

London, 10. Mai. Die Admiralität teilt mit, daß die Ope-
 ration, die bezweckte, die Häfen von Ostende und Nebrügge zu
 schließen, gestern abend, als der veraltete Kreuzer Vindictive
 zwischen den Pierd und quer über den Eingang des Ostender Hafens
 versenkt wurde, mit Erfolg beendet ist. Nach dem Angriff auf Ne-
 brügge am 23. April wurde die Vindictive mit Zement ge-
 füllt und als Wollkernschiff für diesen Zweck ausgestattet.
 Unsere leichten Seekreitkräfte kehrten mit Verlust eines Motor-
 boots, das beschädigt und auf Befehl des Vizeadmirals, das es nicht
 in Feindeshand fallen lassen sollte, versenkt wurde, nach der Basis
 zurück. Unsere Verluste sind gering.

Amsterdam, 10. Mai. Aus Hoel van Holland wird gemeldet,

daß der gestern ausgefahrene englische Geleitzug, der aus
 vier Schiffen bestand, nach dem neuen Wasserweg zurückkehrte.
 Man hörte auf der See fortwährend Geschützfeuer und es kreuzten
 den ganzen Tag Wasserflugzeuge längs der Küste.

Der Frieden von Bukarest.

Rechtspolitischer Zusatzvertrag.

Amtlich wird ein rechtspolitischer Zusatzvertrag veröffentlicht,
 der zum Bukarester Frieden abgeschlossen worden ist. Das sehr
 umfangreiche Schriftstück umfaßt 45 Artikel, die zum Teil wieder in
 mehrere Paragraphen zerfallen.

Art. 1-3 betreffen die Wiederaufnahme der diplomatischen Be-
 ziehungen. Art. 4 stipuliert den Verzicht Rumäniens auf den Ertrag
 von Schäden, die ihm durch deutsche militärische Maßnahmen ent-
 standen sind. Art. 6 befragt: „Rumänien wird Deutschen alle
 Schäden ersetzen, die ihnen auf seinem Gebiete durch militärische
 Maßnahmen einer der kriegsführenden Mächte entstanden sind.“
 Ebenso hat Rumänien für die entschädigungspflichtigen Schäden
 aufzukommen, die Neutralen auf seinem Gebiet durch deutsche
 militärische Maßnahmen entstanden sind.

Artilleriekämpfe zwischen Oser und Oise.

Berlin, 10. Mai 1918, abends. (Amtlich.)
 Ein englischer Teilangriff nördlich von
 Albert wurde abgewiesen. Ebenso scheiterte
 ein französischer Vorstoß im Walde von
 Apremont.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 10. Mai
 1918. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampfzonen war die Artillerietätigkeit tagsüber
 nur im Gebiet von Kemmel, beiderseits des Luce-Waldes
 und auf dem Befesker der Avere lebhaft. Starke Feuer-
 heigerung in diesen Abschnitten folgten feindliche Vorstöße. Bei
 ihrer Abwehr und bei reger Erkundungstätigkeit machten wir Ge-
 fangene. Am Abend und während der Nacht lebte der Artillerie-
 kampf zwischen Oser und Oise vielfach auf.
 An der übrigen Front blieb die Gefechtsfähigkeit auf Er-
 kundungskämpfe beschränkt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. Mai 1918. (Amtlich) wird verlautbart:
 Keine besonderen Ereignisse.
 Der Chef des Generalstabes.

Die durch den Krieg unterbrochenen privatrechtlichen Beziehungen
 werden wieder hergestellt. In Art. 25-28 wird der
 Gefangenenaustausch

behandelt, der, soweit es sich um dienstuntaugliche handelt,
 „mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden soll“. Der
 Austausch für die übrigen Kriegsgefangenen erfolgt untläglich bald
 in bestimmten, näher zu vereinbarenden Zeiträumen. Seine Ab-
 wicklung dürfte danach noch längere Zeit dauern. Die Zivil-
 internerierten sollen „unmöglich bald“ heimbeordert werden.

Rumänien hat sich ferner verpflichtet, für politische
 Kriegsdelikte volle Amnestie zu gewähren. Darüber
 sagt Art. 31, § 2:

„Rumänien gewährt volle Straffreiheit seinen An-
 gehörigen für ihr politisches oder auf politischen Grün-
 den beruhendes militärisches Verhalten während der Dauer des
 Krieges.“

Hier kann man nur bedauern, daß nicht Gegenseitig-
 keit verhängt ist!

Ueber die Sicherstellung der finanziellen Verpflichtungen Ru-
 mäniens sagt Art. 42:

„Rumänien erklärt sich nach eingeholter Zustimmung der Ru-
 mänischen Nationalbank damit einverstanden, daß die bei der
 Deutschen Reichsbank eingezahlten Guthaben und Depots der Nationalbank unter Aufsicht der
 der darüber während der Zwangsverwaltung getroffenen
 Anordnungen und unter Aufsicht von Schadenerlag-
 ansprüchen als Sicherheit für den öffentlichen
 Schuldendienst Rumäniens gegenüber den Angehörigen
 Deutschlands auf die Dauer von fünf Jahren und, sofern
 Rumänien mit einer Rate in Verzug gerät, auf die Dauer
 von zehn Jahren verhaftet bleiben, auch nötigenfalls zur
 Einlösung fälliger Zinscheine und ausgelieferter Stücke herangezogen
 werden können.“

Der Diktaturkurs in der Ukraine.

Verfassungen der breiten Volksmasse.

Kiew, 7. Mai. Nach einer Meldung der Kiewer Zeitung
 „Seche Reuheiten“ ist auf der letzten Sitzung des ukrainischen
 Ministerrats das Programm des Finanzministeriums beraten wor-
 den. Es wurde beschlossen, die indirekten Steuern zu erhöhen, eine
 Reihe von Monopolen einzuführen, darunter für Branntwein, die
 Eisenbahntarife zu erhöhen, damit der Betrieb keinen Verlust mehr
 bringt. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Eisenbahn keine
 Einnahmequelle sein brauche, aber keinen Schaden bringen dürfe.

Guatemala gegen Deutschland.

Berlin, 10. Mai. Die spanische Regierung hat dem
 Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Regierung von Guate-
 mala nach einem Dekret vom 30. April d. J. sich dem Kriegs-
 zustande, wie er zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika
 und der deutschen Regierung bestehe, anschließe.

Die Entscheidung des mittelamerikanischen Staates, die
 unter dem Druck der Vereinigten Staaten erfolgt ist, wurde
 vor Wochenfrist schon durch Reutersmeldung bekanntgegeben.

Die Wiederauferstehung Stuerghs.

Das österreichische Abgeordnetenhaus sollte am 30. April
 seine Sitzungen aufnehmen; die Regierung Seidler, die
 ohne tragfähige Mehrheit die sich ankündigenden Stürme
 nicht beschwören zu können glaubte, erwirkte vom Präsidenten
 eine Verschiebung der ersten Sitzung auf den 7. Mai. Aber auch
 in diesen knappen acht Tagen glätteten sich die hochgehenden
 Wogen nicht. So vertagte denn die Regierung den Reichs-
 rat auf den 18. Juni ohne eine andere Hoffnung, als die des
 alten österreichischen Regierungstages: Zeit gewonnen, alles
 gewonnen!

In Wahrheit ist die Vertagung der Anfang vom Ende
 des österreichischen Parlamentarismus. Wenn sich kein
 Wunder ereignet, steht die Regierung am 18. Juni genau am
 selben Fleck, auf dem sie heute rot- und hilflos nach allen
 Seiten um Hilfe ausfieht.

Als die österreichische Wahlreform 1905 das „Volkshaus“
 des allgemeinen Wahlrechtes schuf, da lebten die Hoffnungen
 auf ein Ende des bitter-feindlichen nationalen Streites und
 auf Beginn einer neuen Zeit frohen Schaffens auf. Die jähren
 Träume plakten bald wie schillernde Seifenblasen. Zwei-
 mal hat das auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkt-
 en Wahlrechtes aufgebaute Abgeordnetenhaus abgewirt-
 schaftet, zweimal unfähigen Regierungen den Vorwand für
 den absolutistischen Gebrauch des Notparagrafen 14 ge-
 liefert. Ist die Demokratie selbst durch solches Verlagen
 bloßgestellt?

Nein! Die Demokratie hat nur klargestellt, daß es in
 Oesterreich kein Staatsbewußtsein, sondern nur
 einen engstirnigen Nationalismus gibt, der neben sich aller-
 höchstens einen sentimental-düseligen Veteranenpatriotismus
 hat. So muß ein Haus des allgemeinen Wahlrechtes ein
 Spiegel widersprechender Interessen und auseinandergehender
 Völker sein. Wer aus Grimm über dieses peinliche Spiegel-
 bild den Spiegel zer schlägt, gleicht der Frau von vierzig
 Jahren, die an ihrem Spiegel den Groll über die Vergäng-
 lichkeit alles Irdischen entläßt.

Aber der Spiegel Oesterreichs ist nicht rein, er ist ge-
 trübt, voll grauer Flecken. Das Abgeordnetenhaus ist nur
 auf Grund eines formal gleichen Wahlrechtes gewählt, das
 durch eine gekünstelte Wahlkreisordnung in sein striktes
 Gegenteil verkehrt wird. Ganze Nationen sind vergewaltigt,
 zum Exempel die Ruthenen; die stärkste Bevölkerungsklasse,
 das Proletariat, das wie in der äußeren, so in der inneren
 Politik Oesterreichs für den Verständigungsfrieden der
 Nationen arbeitet, ist um sein Erstgeburtrecht gebracht. Das
 Feld beherrschen Kleinbürger, die mit großen Worten ihre
 jämmerlich kleine Sache verfechten und in den engen Be-
 zirken ihres Denkens und Handelns einen Eifer entwickeln,
 der einer besseren Sache zum Segen gereichte.

So trat Oesterreich in den Krieg. Seine slavischen Be-
 wohner sahen in dem Kampfe nicht als eine Fortsetzung
 ihres örtlichen Kleinkrieges mit den Deutschen, deren Ueber-
 macht sie im Fall eines deutschen Sieges als den Schrecken
 der Schrecken sahen. Die deutsche Regierung hatte ja nie-
 mals den Tschechen und Slowenen gezeigt, daß sie in der
 freien Entwicklung dieser kleinen slavischen Grenzvölker eine
 schätzbare Bürgschaft erhöhter Bündnisfähigkeit Oesterreich-
 Ungarns sehe!

Lange rühmten sich die Deutschösterreicher, das Staats-
 volk der Donaumonarchie, ihre einzig sicheren Kanonisten
 im Krieg zu sein. Aber ihnen fiel die Rolle auch sehr leicht,
 weil ihre natürlichen Sympathien auf Seite des befreundeten
 Deutschen Reichs standen und sie hoffen konnten, sich durch
 ihre Zuverlässigkeit im Feld Anspruch auf eine bevorzugte
 Stellung im Staatsdienst zu sichern. Da kam der Kaiser-
 brief an den Prinzen Sixtus von Bourbon, dessen Wirkung durch die Entlassung des Grafen
 Czernin verstärkt wurde, der eben erst zur Freude der
 gelehrten Deutschösterreicher die slavischen Verrätereien an
 den Pranger gestellt hatte.

Der Kaiserbrief plädierte für eine Verständigung der feind-
 lichen Staaten und schloß notwendig eine Unterdrückung der
 slavischen Völker in der inneren Politik Oesterreichs aus.
 Die Amnestie der slavischen „Hochverräter“ im Mai 1917 und
 der Kaiserbrief vom März 1918 sind zwei Seiten einer
 Medaille.

Die Deutschösterreicher sahen sich grausam aus ihrer
 Hoffnung auf die Stellung eines herrschenden Staatsvolkes
 gerissen, den Wählern der Abgeordneten tat der Hunger weh.
 Enttäuschung überall! In dieser Lage drückten die nationa-
 len Abgeordneten nach Kräften auf die Regierung, um
 mit einem Erfolg ihre Existenz zu rechtfertigen, das Ver-
 lagen ihrer Politik zu demänteln, und wirklich freisten

Die Berge, um eine Maus zu gebären. Die Regierung ver- sprach der staatsrechtlichen Agitation der Südslaven, soweit sie beruhigend wirkte und den inneren Frieden gefährde, entgegenzutreten, d. h. Aufhebung der Reste von Preh- und Verfallungsfreiheit. Den Deutschböhmen stellte sie Ernennung von Kreisauptleuten, die Zusammenfassung mög- lichst vieler gleichsprachiger Bezirke zu Kreisen in nahe Nachbarn, die wieder den Tschechen als Zerstückung des un- teilbaren Königreiches Böhmen und als Angriff auf ihr historisches Staatsrecht erscheinen.

Es ist kein Zweifel, daß die Errichtung von Kreisen ein Fortschritt ist und daß die Tschechen mit ihrem historischen Staatsrecht, hinter dem sich ein aggressiver Nationalismus verbirgt, arge Rückschrittler sind. Aber leider hat die öster- reichische Regierung auch jetzt nicht vor, wirkliche Kreisver- tretungen zu schaffen, die den nationalen Streit tatsächlich mindern, die Reibungsflächen verkleinern könnten. Sie will einfach einige Kreisauptleute ernennen, die die Arbeiten in ihren Händen vereinigen, die bisher den Ressortbehörden der Provinz Statthalterei anvertraut waren. An die Einführung von Kreisvertretungen denkt sie nicht, um nicht den Zwist zwischen der deutschen Arbeiterschaft und dem wahrheits- feindlichen deutschen Bürgertum zu erhitzen. Und so läuft die ganze große Aktion auf eine Komödie hinaus, die den Deutschen zur Lust, den Tschechen zum Leid gespielt wird.

Die Leidtragenden sind die Arbeiter. In Oesterreich sind alle Kriegserzeugnisse militarisieren, die Arbeiterschaft steht unter dem scharfen Druck entwürdigender Verordnungen aus Eile und Zeit unseligen Andenkens. Dort ist das deutsche Hilfsdienstgesetz Vorbild. Im Januarstreik erreichte das Proletariat das Versprechen einer Reform, die Erfüllung ist durch die Vertagung des Reichsrats in graue Ferne verschoben.

In Oesterreich sind die Ernährungsverhältnisse schlecht, für die arbeitende Bevölkerung bei schlechten Löhnen erbärm- lich, obwohl das Land viel weniger industrialisiert ist als Deutschland und in Ungarn noch mancher Saft Weizen verborgen liegt. Aber die Staatsorganisation kommt an den Erzeuger noch weniger als in Deutschland heran und das Staatsbewußtsein fehlt bei den Landwirten ebenso sehr wie bei der übrigen Bevölkerung. Die Hungertodesfälle sind in einzel- nen Landesteilen endemisch geworden. Deutschland erscheint als das Glücksland, wo Milch und Honig fließt. Das Bürgertum, das um seine hungernde Gefolgschaft bangt, sucht Anschluss an Deutschland. „Hin zu Deutschland!“ und „Einverleibung der deutschböhmiischen Notstandsgebiete in das deutsche Versorgungsgebiet“ sind Schlagworte geworden. Die „Reichenberger Zeitung“, ein angesehenes, sonst gemäßigtes Provinzialblatt, schreibt:

„Erfassung und Ausbringung von Lebensmitteln! Das ist heute das oberste Gebot, von dem für uns der siegreiche Ausgang dieses furchtbaren Krieges abhängt. Wir wissen das, aber auch im — tschechischen Innern Böhmens weiß man es und . . . handelt danach! Mistkäse werden uns die Feinde nicht auf die Nase zwingen. Anhängern wollen sie uns deshalb, die Feinde brauchen und jene daheim, für die Graf Czernin mutig den rechten Namen fand. Deshalb kommt der Aufbringung von Lebensmitteln der gleiche Wert zu wie siegreichen Schlachtfren- ten. Das Wort muß natürlich für Böhmen genau so gelten wie für die — Ukraine. Zugreifen muß man endlich, in Böhmen wie dort. Dort durchziehen deutsche und öster- reichisch-ungarische Regimenter nicht als Feinde das Land. Mit Land und Volk leben wir in Frieden. Was aber in der Ukraine recht ist, muß es nicht billig sein überall, wo es den glei- chen Zweck gilt?“

Das ist eine lächerliche Entgeißelung, die der Sache wenig dient: Deutschland kann kaum mehr, als einen Tropfen auf den glühenden Stein sprengen. Dem Ruf „Anschluss an das deutsche Versorgungsgebiet“ muß Enttäuschung und dazu der Spott der Slaven folgen. Aber als Maßstab dessen, was heute in Oesterreich gedacht, gesagt und geschrieben wird, hat das Zitat einen mehr als anekdotischen Wert.

Die Fürsorgekommissionen für die deutschen Gefangenen in Rußland.

Berlin, 10. Mai. Amtlich. Fürsorgekommissionen zur Verbesserung der Lage der Kriegs- gefangenen und Zivilinternierten in Ruß- land.

Heute vormittag sind die im Friedensvertrag mit Ruß- land vorgesehenen Fürsorgekommissionen von Berlin nach Rußland abgereist. Sie werden sich zunächst zur Einholung genauer Unterweisungen nach Moskau begeben und von dort aus über die einzelnen Gebiete Rußlands einschließlich Si- biriens verteilt werden. Jede dieser 17 Kommissionen besteht aus einem Offizier als Leiter, einem Arzt, einer Schwester vom Roten Kreuz und einer Zivilperson, die mit Land und Leuten und den örtlichen Verhältnissen in ihrem Wirkungsbereich vertraut ist. Hierzu kommen noch eine Anzahl Seelforger. Die Kommissionen werden an Ort und Stelle sich mit den bereits dort befindlichen neutralen (schwedischen und dänischen) Delegierten in Ver- bindung setzen, um mit ihnen gemeinsam ihre Aufgabe durchzuführen.

Die Gegenrevolution in Ostasien.

Ausrufung einer transbaikalischen Regierung.

Amsterdam, 10. Mai. „Times“ meldet aus Peking, daß die Kosakenbewegung an Stärke zunimmt. Die Streit- kräfte Semenovs sind 150 Meilen längs der transsibirischen Eisenbahn vorgerückt und haben sieben Eisenbahnstationen be- setzt. Semenov hat eine transbaikalische Regierung aus- gerufen und sich selbst an die Spitze derselben gestellt.

Semenow ist einer der russischen Gegenrevolutionäre, an denen die Entente ein höchstes Wohlgefallen hat. Er führt die politische Sache von Kapital und Grundbesitz. Er ver- gleichsweise dasselbe, was der Hetmann Storopadsky in der Ukraine darstellte, und arbeitet in Ostasien für das Element, das, nach japanischen Berichten, mit Sehnsucht der Inter- vention der Entente entgegenharrt, um von der bolschewistischen sozialen Gefahr erlöst zu werden.

Semenows Erhebung, seit Wochen im Gange, verfehlt die Macht der Bolschewiki in Ostasien zweifellos in eine ungünstige Lage, denn sie unterbricht den Zusammenhang von Ost und West. Zugleich hat sie insofern Bedeutung, als sie der Entente das Spiel gegen die Regierung der Volksbeauftragten erleichtert. Je mehr Semenovs Macht wächst, umso eher kann die Entente wegen Wladivostok und dergleichen mit den Mienen der unschuldsvoll Harmlosen arbeiten. Sie wird

schon zu sorgen wissen, daß das Deckmittel im Sattel bleibt und weiter gedeiht. Die Ausrufung der transbaikalischen Re- gierung ist jedenfalls ein Zeichen, daß Semenov den Augen- blick der Entscheidung für gekommen hält.

Das Unterhaus und der Brief des Generals Maurice.

Die Mehrheit für Lloyd George.

London, 9. Mai. (Renter.) Unterhaus. Das Haus war gedrängt voll, als sich heute nachmittags Asquith er- hob, um seinen Antrag auf Einsetzung einer Sonderkommissi- on zur Untersuchung der in dem Briefe des Generals Maurice enthaltenen Angaben zu begründen. Die Logen der Befandtschaften und der Lords sowie die Tribünen waren dicht besetzt; unter den Besuchern befand sich auch der italienische Botschafter. Asquith erklärte:

Die in Wirklichkeit ganz einfache Angelegenheit scheint zu einem guten Teil mißverstanden zu werden: weder der Ab- sicht nach noch tatsächlich sei sein Antrag ein Miß- trauensvotum für die Regierung. Wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, das Haus um die Annahme eines Miß- trauensvotums zu ersuchen, so würde er den Mut gehabt haben, dies in direkter und ungewandelter Form zu tun. Er hätte keinen Wunsch nach den Sorgen des Amtes. In bezug auf den Brief des Generals Maurice sagte Asquith, Maurice müsse gewußt haben, daß er einen ernstlichen Bruch der Dienstvor- schriften begehe und seine ganze militärische Zukunft gefährde. Asquith widersprach der Anregung einer Untersuchung durch zwei Richter und gab der Meinung Ausdruck, daß ein aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzter Ausschuss von fünf Ab- geordneten wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen zu einer Entscheidung gelangen könnte.

Nach Asquith ergriff Lloyd George das Wort und erklärte, von lautem Beifall empfangen:

Maurice habe, nachdem er von dem Posten, den er zwei Jahre lang bekleidet habe, zurückgetreten sei, die von zwei Ministern ab- gegebenen Erklärungen angezweifelt. Er habe dies nicht getan, als er Zutritt zu amtlicher Infor- mation und zu den Ministern selbst hatte. Lloyd George fragte, ob es nicht Maurice's Sache gewesen wäre, wenn er die Angelegenheit für so wichtig gehalten habe, daß er die Dienstvor- schriften brechen mußte, zuerst zum Kabinett oder den angehö- rigen Ministern zu gehen, auf den Treppen aufmerksam zu machen und um Nichtsstellung zu ersuchen. Davon sei aber nicht im ge- ringsten die Rede gewesen, bis er, Lloyd George, den Brief in der Zeitung gefunden habe. „Ich erkläre dies für un- anständig!“ rief Lloyd George unter lautem Beifall aus. Maurice hat auch seinen unmittelbaren Vorgesetzten, dem Staats- sekretär und dem Chef des Generalstabes, keinerlei Vorstellungen gemacht. Lloyd George schlug vor, die volle Informations- quelle, aus der er und Bonar Law ihre Angaben geschöpft hätten, mitzuteilen, und forderte das Haus auf, sein Urteil abzugeben, und zwar heute noch. (Beifall.) Sie beide seien darauf bedacht, daß die Erklärungen Maurice's von einem unparteiischen Gerichtshof geprüft würden. Diesem Ge- richtshof würde eine Menge wirklich vertrauenswürdiger Infor- mation, die absolut keinen Zweifel an der Wahrhaftigkeit der ministeriellen Erklärungen übriglassen würde, zur Verfügung stehen. Lloyd George wies darauf hin, daß das Haus selbst lange vorher entschieden habe, daß ein Sonderauschuss aus dem Hause nicht der beste Gerichtshof zur Feststellung von Tatsachen sei, wenn die Verdachtsgründe ernst sind. Asquith selbst hatte mit Recht sich gegen einen solchen Ausschuss zur Untersuchung der Mesopotamien-Angelegenheit ausgesprochen. Die Richter wären gewohnt, die Tatsachen zu prüfen und schnell ein Urteil zu fällen, aber die seit Dienstag bestehende Untersuchung Asquith's durch die Presse habe es klar gemacht, daß keine Entscheidung irgendeines geheimen Gerichtshofes angemessen werden würde, weshalb die Regierung sich entschloß, die Tatsachen der Öffentlichkeit zu übergeben und die Öffentlichkeit urteilen zu lassen. Ich will nun, fuhr Lloyd George fort, zur

Prüfung der Angaben Maurice's

schreiten. Was den Vergleich der englischen Streit- kräfte am 1. Januar 1917 mit denjenigen am 1. Ja- nuar 1918 betrifft, so sagte ich, die Geschichtsstärke der Armee habe zugenommen. Maurice erklärte, sie habe abgenommen. Die Ziffern, die ich angab, waren aus den amtlichen Berichten des Kriegsamt's entnommen. Wenn dieselben unrichtig sind, so ist es verantwortlich wie jeder andere. Aber sie waren nicht un- genau. Ich habe nachgeforscht, und es besteht durchaus kein Zweifel darüber, daß eine ganz beträchtliche Zunahme des Mannschaftsbestandes der Armee zu Beginn des Jahres 1918 im Vergleich zu dem Stand am Anfang des Jahres 1917 vorhanden war. Die Zunahme des Mannschafts- bestandes der Armee war im Jahre 1918 im Vergleich zu 1917 in der ganzen Welt groß, aber in Frankreich war sie über den Durch- schnitt groß. Wenn Maurice von der Geschichtsstärke spricht, so macht er einen Unterschied zwischen Kämpfen und Nicht- kämpfern. Ich will sofort bemerken, daß ich mit dieser Unter- scheidung nicht einverstanden bin, aber ich will ein Schriftstück vorlesen, das neun Tage nach meiner Rede von Maurice's Abteilung kam und von seinem Vertreter gezeichnet war. Es lautet: „Aus beifolgendem Bericht ist ersichtlich, daß die Geschichtsstärke der britischen Armee am 1. Januar 1918 größer war, als am 1. Januar 1917.“ (Lauter Beifall.) Ich komme jetzt zu Maurice's Vergleich der feindlichen und verbündeten Streitkräfte. Die gesamten Ziffern kamen von Maurice. Die Angaben über die Divisionen in Mesopotamien und Ägypten wurden dem Kriegsamt in Gegenwart von Maurice gemacht, der dabei nichts berücksichtigte.

Ueber die Ausdehnung der Front sagte Lloyd George: Es ist zutreffend, daß Maurice in Versailles war, aber die Folgerung, daß er an der Beratung über die Ausdehnung der Front teilgenommen hätte, ist nicht richtig; er war nicht dort, er war in dem Gebäudeteil, aber nicht in dem Beratungszimmer.

Die Ausdehnung von Gough's Front,

auf die besonders angespielt wird, wurde im Kriegsrat von Ver- sailles niemals erörtert. Darüber hatte auch eine Verständigung zwischen Haig und Pétain stattgefunden, sie war eine vollendete Tatsache, bevor der Kriegsrat überhaupt zusammentrat. Dement- sprechend erstattete Haig dem Kriegsrat seinen Bericht, es bestand wohl der Wunsch nach einer weiteren Ausdehnung der Front, aber nicht ein einziger Meter der Front wurde als Ergebnis der Ver- sailles Konferenz übernommen. Es ist kein wahres Wort an der Behauptung, daß die Ausdehnung von Gough's Front auf Anordnung des Kriegskabinetts im Gegenatz zu Haig und Robertson erfolgt sei. Sie wurde

infolge des großen Druckes der französischen Regierung und des französischen Heeres ausgeführt, um die Ver- urteilung von Leuten für die Landwirtschaf zu ermöglichen, die unbedingt notwendig geworden war. Das Kabinett nahm im Prinzip eine Ausdehnung an, aber der Zeitpunkt und das Maß der Ausdehnung sollte den beiden Oberkommandierenden über- lassen bleiben. Die Ausdehnung der Front wurde zuerst von den französischen Vertretern auf der Konferenz von Boulogne zur Sprache gebracht. Dann kam

der Zwischenfall von Cambrai und das italienische Unglück, das die Wegsendung von englischen Truppen aus Frankreich not- wendig machte und die Ausdehnung der Front eine Zeit lang er- schwerte. Schließlich regte Clemenceau an, daß die Frage durch die militärischen Vertreter geprüft würde, und daß im Falle

von Meinungsverschiedenheiten der Verfasser Rat entscheiden sollte. Die militärischen Vertreter schlugen ein Kompromiß zwischen den englischen und den französischen Ansichten vor, und die Sache sollte auf der Versailles-Beratung am 1. Februar erörtert werden. Nach vorher einigten sich Pétain und Haig darüber, daß die Front bis Parisse ausgebeugt werden sollte, und eine weitere Ausdehnung hat nicht stattgefunden.

Die wirkliche Lage aus den ganzen Erörterungen über diese Erweiterung der Front ist die Wichtigkeit der Ein- heitlichkeit des Oberbefehls, und ich bin froh, daß wir sie endlich haben.

Dies ist ein Todesvotum gegen die Regierung,

und wenn es so durchgeht, so könnten wir unmöglich unsere mili- tärlichen Operationen fortsetzen. Diese Streitigkeiten wirken verwirrend und lähmend. Die Einheit der Na- tion ist bedroht und die Einheit der Armee ist bedroht. Wir haben uns damit abgeben müssen, Akten, Notizen, Briefe und Unterredungen aus den letzten 12 Monaten durchzuschleusen, und das in diesem Augenblick (Lauter Beifall.) Ich bin gerade von Frankreich zurückgekommen, ich habe einige Generale besucht und sie sagten mir, wie die Deutschen jetzt schweigend viel- leicht den größten Schlag des Krieges vorbe- reiten. Ich bitte im Namen unseres Vaterlandes, dessen Schick- sal heute und in den nächsten Wochen in der Schwebe ist, daß man diesen Angriffen ein Ende mache. (Lauter Beifall.)

Nach weiterer Debatte wurde Asquith's Antrag mit 293 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Es stimmten folgende liberalen früheren Minister für den Antrag Asquith: Runciman, Herbert Samuel, J. M. Robertson, Sir Harry Verney, Mac Kenna, Sir Charles Hobhouse, Harold Baker, Tennant, Walter Rea, Georges Robert, Birrell und John Burns. Außerdem stimmten da- für Henderson, Holmes, Hogge, Rowntree, Duthwaite, E. Mason, Lambert, Holt und Pringle. Viele Liberale stimmten für die Regierung und einige enthielten sich der Abstimmung. Die Mehrheit der Arbeiter- partei stimmte für die Regierung. Für Asquith stimmten Thomas, Ramsay Mac- donald, Snowden und Fowett, sowie der Unionist Kubry Herbert. An der Abstimmung nahmen keine Ratio- nalisten teil.

Amsterdam, 10. Mai. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London, daß der Armeerat ein Schreiben an General Maurice gerichtet hat, in dem er ihn auffordert, sein Verhalten zu rechtfertigen, da er die königlichen Vorschriften, die ver- bieten, daß ein Offizier oder Soldat in irgendeiner Form irgend- welche militärischen Informationen oder seine Ansichten über irgendeinen militärischen Gegenstand ohne besondere Erlaubnis veröffentlicht oder der Presse mitteilt, übertreten hat.

„Algemeen Handelsblad“ vom 8. Mai schreibt über Gene- ral Maurice folgendes: „Nach vorüberwiegend jährigem Dienst wurde er vor zwei Jahren im Alter von 45 Jahren General. Er ist Kommandant der Grenadierregiment, hat das Kriegskreuz und wurde wiederholt im englischen Tagesbericht genannt. Bis vor einigen Wochen war er Direktor der militärischen Operationen beim belgi- schen Reichsgeneralsstab und besitzt infolgedessen eine außeror- dentliche genaue Kenntnis der Zahlenstärke und örtlichen Verwendung englischer Truppen.“

Die Front im Westen.

Berlin, 10. Mai. (B. Z. N.) Infolge der wiederholten schweren Niederlagen der Engländer haben nicht nur die Franzosen bereits englische Frontabschnitte übernehmen müssen, sondern auch das kleine belgische Heer wurde gezwungen, sich bis südlich der Bahn Voeringhe-Langemark auszudehnen. Trotzdem die eng- lische Front durch das Zurückweichen der Engländer im Hvern- bogen sowieso schon verflüstert war. Aus dieser Tatsache geht die Größe der britischen Niederlage und die Schwere der englischen Ver- luste hervor.

Französischer Heeresbericht vom 9. Mai nachmittags. Lebhaftes Artilleriekampfe beiderseits nördlich und südlich der Acre. Eine deutsche Patrouille, die sich den französischen Linien in der Gegend von Chapelle St. Aignon zu nähern versuchte, wurde ab- gewiesen. Von der übrigen Front ist nichts zu berichten. — Abends. Außer der ziemlich starken Tätigkeit der beiden Artillerien auf der Front Gailles—Montdidier ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht vom 9. Mai. Während der letzten 24 Stunden war die feindliche Artillerietätigkeit wenig kräftig. Unsere Flieger führten einige Verflörungen sowie zahlreiche Feuerleitungs- und Verunruhigungsflüge aus. Unsere Patrouillen bekämpften in der Nacht feindliche Patrouillen in dem Gebiet von Rieuport und Voeringhe. Die feindlichen Flieger bombardierten erfolgreich mehrere unserer Lagerplätze. Unsere Flieger waren im Laufe des Tages sehr tätig.

Englischer Heeresbericht vom 9. Mai abends. Bei Beendigung eines örtlichen Gefechtes, das im Abschnitt von Vornegzele heute vormittag stattfand, wurden die englischen und französischen Stellungen an dieser Front vollständig wieder hergestellt. Im An- schluss an die schon gemeldete feindliche Artillerietätigkeit machte der Feind heute früh örtliche Angriffe in der Nachbarschaft von Albert und Bouzincourt. In letzterem Ort wurde der Angriff durch das Feuer unserer Gewehre und Maschin- gewehre gebrochen und konnte unsere Gräben nicht erreichen. Bei Albert gelang es den Deutschen, die schwere Verluste durch unser Feuer erlitten hatten, sich in unseren vorgeschobenen Stellungen in einer Frontbreite von ungefähr 150 Yards festzusetzen. Von dem Rest der britischen Front ist außer beiderseitiger Artillerietätigkeit in verschiedenen Abschnitten nichts zu melden.

Die Kaiserbrief-Affäre.

Genf, 10. Mai. Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat ihr Studium über die Friedensbesprechungen zwischen Frankreich und Oesterreich ab- geschlossen, und einem Telegramm der Agentur Havas zufolge ein- stimmig und einmütig festgestellt, daß diese Besprechungen in keinem Augenblick die Gelegenheit zu einem für Frankreich und seine Ver- bündeten annehmbaren Frieden dargeboten habe. Infolgedessen ist die Kommission der Meinung, daß eine Plenarverhandlung über die Angelegenheit gegenstandslos wäre.

Genf, 10. Mai. Gardiner fragt in der „Daily News“, warum die englische Regierung sich noch immer in Schweigen hülle über das, was sie vom Briefe Kaiser Karls wisse, obwohl in Frankreich der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten aber alles unterrichtet worden sei. Durch ihn sei bekannt geworden, daß nur Lloyd George und Sonnino von dem Briefe unterrichtet wurden, aber nicht Wilson und die Regierungen Belgiens und Rußlands. Carlson scheint ebenfalls darum gekümmert zu haben. Gardiner erklärt den Brief als ernsthaften Friedensversuch; was offenbar auch die Meinung der Alliierten gewesen sei, denn sonst hätten sie die Unterhandlungen nicht durch längere Zeit fortgeführt. Gardiner befragt, daß der Brief nur die Wirkung gehabt, Oesterreich noch fester in die Arme Deutschlands zu treiben und fragt, woran der Friedensversuch ge-

Groß-Berlin

Der Anti-Schub.

Dieses ist meine Idee: Ein Blatt herauszugeben, in dem alle Schiedungen des täglichen Lebens an den Pranger gestellt werden.

Die zweite Anregung kam mir, als beim letzten Speisefett-Auktionen auch nicht an Strafanträgen wegen Verleumdung, fälscher Nachrede, Verleumdung, Aufreizung, Verächtlichmachung usw. am allerwenigsten.

Also, für den „Anti-Schub“ würde es an Stoff nicht fehlen. An Einwendungen auch nicht. An Strafanträgen wegen Verleumdung, fälscher Nachrede, Verleumdung, Aufreizung, Verächtlichmachung usw. am allerwenigsten.

Trotzdem würde ich den „Anti-Schub“ herausgeben, wenn ich die erforderliche Bewilligung bekäme. Ich warte nur auf „den Gelder“ (völliger Ausdruck für „Kapitalisten“), der mich die Arbeit gnädig machen läßt, um aus der Differenz zwischen Arbeitslohn und Einnahmen ein beträchtliches Schieberleben zu führen.

R. B.

Groß-Berliner Bauordnungsfragen.

Zu der vom Regierungspräsidenten in Potsdam vor einigen Tagen veröffentlichten Abänderung der Bauordnung für die Groß-Berliner Vororte, soweit sie zum Potsdamer Landestribunalbezirk gehören, erfahren wir an zuständiger Stelle, daß die umfangreiche Verordnung eine durchgreifende Änderung der Bauordnung bedeutet.

Die Ausgabe neuer Kohlenkarten.

und zwar für das gesamte Verordnungsgebiet 1918/19, erfolgt im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin am 13. und 14. Mai durch die Protokollkommissionen. Zur Ausgabe gelangen zunächst nur die Hauptkarten, und zwar an Stelle der bisherigen einen Karte zwei getrennte, nämlich Kochkarte und Heizungskarte.

Die Ausstellung der Kohlenkarten an die Mieter, und zwar auch in Häusern mit Zentralheizung, erfolgt durch die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter, welche verpflichtet sind, am 13. oder 14. Mai die Kohlenkarten bei der zuständigen Protokollkommission abzugeben.

Im Anschluß daran sei auf die Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin im Inzeratenteil der heutigen Nummer hingewiesen.

Wie sichert man sich die Lieferung von Kohlen?

Für den Kohlenverkauf ist nun die Kundenliste aufgestellt, nach der später die Lieferungen ausgeführt werden sollen. Sie gibt uns aber noch nicht die Sicherheit, daß wir unsere Kohlenration zu rechter Zeit haben werden.

haben ist. Auf den ersten Blick hat die Sache manches Besondere, weil dabei für die Kohlenanfuhr eine Zusammenfassung möglich wird, die Kraft spart. Die Gesellschaft hat in Schöneberg einen Eisenbahnanschluss, so daß die Kohlen für die betreffenden Kunden im Auftrag der lieferungspflichtigen Kohlenhändler sofort dorthin geleistet und von da durch die Gesellschaft abgeholt werden können.

Die Pflegekinder in der Teuerungszeit.

Die Waisenverwaltung der Stadt Berlin hat während des Krieges für nötig gehalten, das Pflegegeld für die in Familienpflege gegebenen Kinder zu erhöhen, und der Magistrat und die Stadtworordneten haben ihr beigegeben und so beschlossen.

Aus dem Hauptausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Um den Mitgliedern des Ausschusses einen größeren Einfluß auf die Erledigung der Verwaltungsgeschäfte zu ermöglichen, wurden folgende Delegationen geschaffen: Lazarettbesucher, Berufsberatung, Leubendorfschilde, Unterhaltungsstellen, Anstellung und Kapitalabfindung.

Umtausch von Fleischkarten.

Für die am 13. Mai beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin in der Zeit vom 13. bis 15. Mai bei den zuständigen Protokollkommissionen gegen Bezugsheine ausgetauscht werden.

vom 13. bis 15. Mai von 8—1 Uhr im Bureau für Fleischverforgung, Neue Friedrichstr. 1, Zimmer 7, bewirken.

Preis für ausländisches Frühgemüse.

Durch Vermittlung des Groß-Berliner Großmarktes kommt gegenwärtig ausländisches Frühgemüse zur Verteilung. Der Preis, für den die Ware vom Kleinhändler an die Verbraucher abgegeben wird, beträgt gegenwärtig unter Berücksichtigung der zulässigen Zuschläge für Salat (große Köpfe) Stück 30—35 Pf.

Ungültige Protokolle. In einer Groß-Berliner Gemeinde sind eine Anzahl Protokolle der Serie XI für die 20. bis einschließlich 23. Protokollwoche (13. Mai bis 9. Juni 1918) gestohlen worden.

„Die sozialistischen Parteien Außlands.“ Ueber dieses Thema spricht am morgigen Sonntag, mittags 12 Uhr, im Rheingold, Potsdamer Str. 3, Bankettsaal, im Volksbad für Freiheit und Vaterland Professor Geheimrat Hertner.

Der Paketverkehr nach Bulgarien ist für einige Zeit gesperrt worden. Voraussichtlich wird die Sperre nur kurze Zeit dauern.

Sportplatz Treptow. Genieses, die kommenden Männer, nennt sich das Rennen am Sonntag, den 12. Die Strecke des Rennens geht über 30 Kilometer. Fliegerrennen ergänzen das Programm. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Geyersstr. 93/97, bringen vom 10. bis 16. zwei Aufführungen, und zwar „Die Star der großen Oper“, Roman von Paul Rosenhan, und „Am Ende des Schicksals“.

Neuflän. Lebensmittel. Vom Freitag, den 10. Mai, ab dürfen in den städtischen Verkaufsstellen auf Abschnitt 14 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Jugendliche 1 Pfund Gemüsekonserven entnommen werden. Die Abfertigung erfolgt an Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche mit den Anfangsbuchstaben S—J am Freitag, S—M am Samstag, J—R am Montag, R—H am Dienstag, H—C am Mittwoch.

Schöneberg. Sozialdemokratischer Antrag zum Kleinwohnungsbau. Die sozialdemokratische Fraktion hat zur nächsten Sitzung einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat erlucht wird, schleunigst eine Vorlage einzubringen, durch die der Bau vor kleineren Wohnungen für kinderreiche Familien vorbereitet und der Bau baldigst in Angriff genommen wird.

Lichtenberg. Ausbau der Kriegseinrichtungen. Der Magistrat hat beschlossen, für die Erweiterung der städtischen Dörranlage und Futtermittelabrik insgesamt 89 000 M. zu bewilligen, die erforderlich sind, weil gewisse Futtermittel, wie Strohhüter und Weidackel, nicht mehr im fertigen Zustande zu erwerben sind.

Spandau. Stadtverordneten-Wahlergebnis. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Wahl für den verstorbenen Stadtverordneten Genossen Pieper wurde Genosse Emil Stahl gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Kreis Niederbarnim. Der neue Landrat. Dem bisherigen kommissarischen Landrat v. Wedow ist das Landratsamt des Kreises Niederbarnim jetzt endgültig übertragen worden.

Schmargendorf. 180 Prozent Gemeindecinkommeneraufschlag. Als legte der Groß-Berliner Gemeinden hat Schmargendorf endgültig über seinen Steuerbedarf und den Haushaltsplan für 1918 beschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Wagter 4. 1. Sie leben im Elend bei der Verwitwung. 2. Ja, da der Stundenlohn sehr niedrig ist. 3. Wenn Könen der Abbleicheln vorenthalten wird, müssen Sie sich an den zuständigen Schlichtungs- auschuss wenden. — **W. M. 100.** 1. Wenn der Mieter vor Ablauf des Vertrages deswegen zur Räumung der Wohnung veranlaßt werden sollte, müßte Klage beim Amtsgericht erhoben werden. Der Grund erscheint uns dazu ausreichend. Das Mietvertragsamt wird sich damit nicht befassen. — **W. 99.** 1. Da 2. Da 3. Beschwerde wegen Verweigerung des Ab- zeichens wäre zulässig, Sie sind sich aber nicht als notwendig erweisen. — **W. 98.** So genau orientiert über das „Kauscheln“ sind wir auch nicht. Nach unserer Meinung ist es auch in dem Falle als Mißspiel verboten. — **W. 762.** Sie müssen sich bis zum angegebenen Zeitpunkt ent- scheiden, evtl. innerhalb acht Tagen das Mietvertragsamt anrufen. Die Steigerung erscheint uns aber nicht besonders hoch, so daß das Mietver- tragsamt wohl kaum zu Ihren Gunsten entscheiden wird. — **W. 99.** Ja, sobald er als Mietsverweigerer erklärt wird. — **H. H. Rein.** — **100 Gritta.** Antrag auf Kapitalbindung muß bei der zuständigen städtischen Rückstellstelle gestellt werden. Da Sie Ihre Wohnung nicht an- geben haben, können wir Ihnen nicht sagen bei welcher. — **S. K. 136.** Darüber ist uns nichts Näheres bekannt. Es liegt aber jedenfalls in der Macht des Rentmeisterskommandeurs, einen solchen Befehl zu erlassen. — **G. V. Neufuß.** 1. Direkter Anspruch auf die Lösung der den Ge- langenen bestellt überhaupt nicht, Sie können erwirbt werden. Erheben Sie nochmals Anspruch, daß Sie Ihnen in Höhe von 1. R. nachgezahlt wird. 2. Die Lösung bedingt nicht 700 M. pro Woche, sondern 7 M. Es kann aber auch nur ein Teil der Lösung gewährt werden. — **H. W. 17.** Für die Steigerung in keine bestimmte Höchstgrenze vorgezogen, Sie erscheint uns aber sehr hoch und Sie können deshalb das Mietvertragsamt, Zimmer- straße 60, anrufen. — **Kriegsfrau Wilhelmshorst.** Die Unterstützung kann Ihnen nicht entzogen werden. Ihr Ehemann muß für das unwe- liche Kind Unterhaltungsgehalt zahlen. — **44711.** Die Prostitution kann in diesem Falle gelöst werden. Eine Beschwerde ist zwecklos. — **N. H. W. G. 53.** In der zuständigen Gewerkschaftsorganisation. — **G. S. in Schu.** 1. Es handelt sich nicht nur um frange und ver- wundete Gefangene. 2. Ja, aber nicht mehr gegen den gleichen Feind.

G. L. 13. Ja, weil die Ehe noch nicht geliebt ist. — **Trubl.** 1. Landsturmpflichtig beizuleiden. 2. Weil auf die Brotarten nur Kranken- versicherungspflichtige Anspruch haben. — **H. S. 13.** 1. Die Entlassung ist nur für den Jahrgang 1869 angesetzt. 2. In das Royal Preuss. Kriegsministerium in Berlin, Zeugnisstraße. — **Reichspost 2085.** Ja, wenn er dazu den Befehl erhält. — **H. 1.** Das wird nicht für zulässig erachtet werden. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an die Hand- werkskammer. — **C. W. Staufen.** Nein. — **H. S. 40.** Die über 42 Jahre alten Kontinuumänner sollen, wenn sie bereits 1/2 Jahr Frontdienst hinter sich haben, dem Vater und den Familienverhältnissen entsprechend für den Gassen- und Garnisondienst zurückgezogen werden. — **M. W. 14.** Die Abkündigung wird nur bei Bedürftigkeit in Höhe bis zu 1000 M. gewährt. **G. W. 48.** Für die von Ihnen angegebenen Bücher dürfte wohl mehr private Verhältnisse in Betracht kommen. Solche finden Sie im Anzeigen- teil des „Vorwärts“ (Kleine Anzeigen) sowie im Berliner Adreßbuch, Teil IV, Seite 226. — **S. H. 25** und **W. S., Friedrichsfelde.** Nein. — **H. W. 38.** 1. Wenn Sie selbst Vorken gestellt haben, haben Sie An- spruch auf Witwengeld, sonst nicht. — **M. Geynick.** 1. Sie haben keinen Anspruch auf das Verwandtenabzeichen. 2. Fragen Sie bei der Buch- handlung selbst an. 3. In jedem militärischen Arbeitsdienst. — **H. G. 47.** Die Gelder können wir nicht. — **Wiener Straße.** Das ist eine Streit- sache. Sie können aber den Versuch machen, den Betrag vom steuer- pflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen. — **H. 20.** Sie sind weiter hantierenverpflichtet, der Arbeitgeber ist im Zirkum. — **H. W. 35.** Die Riffer kann unendlich richtig wiedergegeben sein, die Bezeichnungen in der Verordnung gehen nur bis 78. — **H. W. 100.** Ja. — **G. S. 26.** 1. Ja. 2. Die Arreststrafe hat damit nichts zu tun. Wenn er Unteroffizier ist, hat er Anspruch auf die erhöhte Lösung. — **Stork 100.** 1. Ja. 2. Die Zellstrafe kann in dem Falle entzogen werden. 3. Ja. 4. Das kommt darauf an, was der dortige Kreis in dem Falle für Anwendungen macht. — **Charlotten.** In der Zeit vom 13. März bis 12. Juni. — **H. S. 40.** Das bezieht sich auf einen Ertrag vom November a. J., nach dem Aus- lausch aller über 42 Jahre alten Leute in bestimmter Reihenfolge, nach Ver- rüchtheit des Alters und der Familienverhältnisse hatfinden soll. Die älteren Familienmitglieder und die mit größerer Kinderzahl sollen daher zu- nächst vom Truppenteil zurückgezogen und außerhalb des Feuerbereichs ge- stellt werden, um bei Gassenformationen oder im Heimathere Verwendung zu finden. Die Mannschaften können ihr Gesuch bei der Kompagnie einreichen.

— **H. S. 14.** Die Schwiegermutter ist zur Einbehaltung der Sachen nicht berechtigt. Wenn Ihre Ehe kinderlos war, so erbt sie von dem Nach- lasse Ihrer Frau allerdings die Hälfte, die Wirtschaftsgegenstände dagegen erben Sie im voraus. — **H. G. 29.** Wenn Bedürftigkeit vorliegt, erhält Ihre Frau Unterstützung für das Kind, da es nicht für eigenes ist. — **H. S. 129.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja. — **G. W. 7.** Wenn der Be- treffende einmütig eingetretten ist, wird er keine Entlassung als Jahrgang 1869 fordern müssen. — **H. S. 17.** Das Verfahren gegen Sie wird weitergeführt werden. Der Amnestieerlass kommt nicht in Frage. Wie hoch Ihre Strafe sich bemessen wird, können wir unendlich angeben. Sie haben Anspruch an dem Nachlaß der Mutter, also auch am baren Gelde. — **Georg.** 1. Auch an Verwandte, die wieder im Militärdienst sind. 2. Ja. — **H. S. 2.** Können auch das Verwandtenabzeichen ausgeben. — **C. W., Steinhaustraße.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Sie werden zu dem jetzigen militärischen Verdienst eingestuft. Eine weitere Beschwerde wird daher zwecklos sein. — **H. W. 23.** 1. Der Betreffende ist zur Alimentation verpflichtet. Es kann ihm ein Teil des Lohnes dafür gekündigt werden. 2. Nein, dazu be- darf es Ihrer persönlichen Anwesenheit vor dem Richter. — **H. S. 26.** Wegen Ehebruch könnte nur auf Antrag der Frau, und zwar nur nach ge- schiedener Ehe Verurteilung erfolgen. Scheidung kann deshalb selbstverständ- lich erfolgen. — **H. S. 67.** Sie werden mit Kriegsverbündigung entlassen. — **H. G. 1005.** Eine Blutuntersuchung können Sie nicht verlangen. Wenn äußerlich wahrnehmbare Zeichen für die Erkrankung nicht vorhanden sind, können Sie gegen die Abweisung durch den Arzt nichts einwenden. — **C. W. 116.** Ein solches Vorkommen ist u. W. nicht getroffen, und der Betreffende kann zum Militärdienst, sogar auch zum Frontdienst verwendet werden. — **H. S. 29.** Nein. — **St. R. S.** Die Hausladung kann in diesem Falle auch durch die Polizeibehörde ohne Anordnung der Staats- anwaltschaft erfolgen. — **Champagne.** Sie können Ihre Entlassung auf Grund dieser Verfügung verlangen. Ein Teil der Rente wird Ihnen weiter gezahlt. — **H. 20.** Nein.

Veterrärärztliche für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zunächst überwiegen demit mit meist geringen, im Südosten etwas kälteren Regensfällen, frischweiche Gewitter, in den Tages- stunden ziemlich warm, später im Westen beginnende Aufhellung und Abkühlung.

Elegante Neuheiten
in
Putz- und Damen-Moden



Großer jugendlicher Hut mit moderner Band- u. Blumen- garnierung in vielen Farben . 2875
Fescher Mundhut, letzte Neuheit schwarz-weiß gehalten mit mod. Bando u. Band garniert 2275

Weißwaren

Robespierre
Fichas aus Glas- u. Spitzse 975

Großer Rollkragen
Glasbist mit Hohl- saum, handgestrickt m. breit Spachtelspitze 1150

Großer Matrasen-Kragen
aus fein gestrickter Tüllspitze 975

Großer Matrasen-Kragen
aus Punktrill m. breiter Spitze 305

Spitzen

Bänder

Ungarnierte Hüte

Große moderne Basiformen 1575 975
Fesche moderne Formen, hoher Kopf, Zackengeflecht 1075
Moderne Bortenhüte 2175 1875
Große Baekischformen 675 575
Moderne Tagalformen, in guter Ausführung 45- 95- 28-

Kinder-Hüte

Schutenform, handgenäht, Band- und Blumen- garnierung 1050
Modern. Bortenköppchen, m. Band u. Beoren- tuffs garniert 1275
Glockenform, reichlich mit Band und Röschen garniert 775
Eleganter Bortenhut, mit Spitzen, Band- und Blumengarnitur 1475
Stickerhäubchen 245 175 110

Einfach garnierte Hüte

Großer mod. Hut, Zackengeflecht m. Band u. Strohborte garniert, in allen Farben hellfarbig, mit Bandolinfassung und Bandgarnitur 1575 2575
Großer schwarzer Strohhut, in guter Ausführung 1575
Moderner Basihut, mit Band garniert 1275
Kleine fesche Form, m. hübscher Bandgarn. 1050

Hut-Blumen

Moosröschen-Tuffs in verschied. Farben 125 95 50 Pf.
Vergilmeinnicht-Tuffs 145 125
Kirschen-Tuffs 65 40 30 Pf.
Moderne flache Blumen, in schönen Farben 275 195
Blumen-Tuffs in entzückender Zusammenstellung 575 875 245 175

Damen-Bekleidung

Voile-Blusen, weiß, reizende
Macharten 45- 2575 1975

Voile-Blusen, farbig, neue Muster.
in hübsch. Formen 95- 2775 1750

Seiden-Blusen, farbig, in den schönsten Fassons 78- 58- 38-

China-Krepp-Blusen in weiß u. and. hellen Farben, hocheleg. 98- 79- 58-

Voile-Kleider, weiß, sehr aparte
Macharten 150- 108- 65-

Voile-Kleider, farbig,
sehr kleidsam 188- 94- 58-

Seiden-Kleider, farbig, einfarbig oder gemustert,
sehr fesche Formen 198- 165- 189-

Seiden-Kleider, schwarz, elegante
Macharten 278- 258- 210-

Seiden-Kleiderröcke, schwarz, modernste Falten,
u. farbig, elegant 98- 82- 68-

Kleiderröcke, Alpaka, ganz plüsiert 4975

Seiden-Jacken, schwarz, sehr geschlagene Form. 188-

Seiden-Jacken, schwarz, in vielen Längen 168- 128- 115-

Seiden-Regenmäntel, dunkle Schottenmuster. 169-

Seiden-Regenmäntel in allen apart Farben 225- 198- 189-

Seiden-Jackenkleider, schwarz u. farbig eleg. Ausführung. 325- 295-

Weißwaren

Flache Blusenkragen, aus Batist, mit Valenciennespitze u. Einsatz 425 345
Flache Blusenkragen, aus Batist, mit breiter Valenciennespitze 525 475
Große Rollkragen, aus Batist, mit breiter Tüll- u. Glasbatist-Spitze 975 775

Große Kragen aus Tüll, mit breiter Valenciennespitze 975 750 675
Robespierre-Jabots a. Batistspitze u. Tüll m. Einsatz garniert 1250 975 875
Roll-Jackenkragen, in verschiedenen Ausführungen 575 475 345

- Damen-Handschuhe
- Damen-Strümpfe
- Herren-Bekleidung
- Herren-Artikel
- Herren-Hüte

H. JOSEPH & CO

Berliner Straße 51-55, Ecke Heckerstraße 25 **Neukölln** Berliner Straße 51-55, Ecke Jägerstraße 1-2.
Am Sonntag, den 12. Mai, ist unser Geschäft von 2-6 Uhr geöffnet.

schleiert sei. Das englische Volk müsse darüber Aufklärung erhalten, damit nicht eine etwaige zweite Gelegenheit wieder verpaßt würde.

Begnadigt.

Der zum Tode verurteilte belgische Senator Colliart ist nach einer Mitteilung an Stauning nunmehr begnadigt worden. Die sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Dänemarks hatten sich bekanntlich durch Stauning an die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie mit der Bitte gewandt, für die Begnadigung des sozialistischen Senators für Lüttich einzutreten.

Land-Downe fordert ungehinderte Friedensarbeit.

Amsterdam, 10. Mai. „Algemeen Handelsblad“ meldet aus London: Am Mittwoch hielt Lord Land-Downe im Oberhaus während der Friedensdebatte eine Rede, in der er mit Nachdruck betonte, daß ein durch Verhandlungen erzielter Friede der einzige Weg wäre, um den Krieg ehrenvoll und sicher zu Ende zu bringen. Die einzige Alternative dazu wäre der Knock out blow. Niemand könne aber vorher sagen, wann, wo und um welchen Preis dieser Schlag ausgeführt werden würde. Land-Downe wies die Idee eines anders geschlossenen Friedens entschieden zurück und protestierte dagegen, daß Unterhändler im Gebiete der Politik verhandeln würden, ehe sie noch Gelegenheit gehabt hätten, ihre Bedingungen zu nennen. Ferner protestierte er dagegen, daß vernünftigen Menschen verboten wird, den Mund aufzumachen, nur weil sie glauben, daß ein Frieden durch Unterhandlungen möglich wäre.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 9. Mai. Das unter dem Kommando des Kapitänsleutnants v. Glasenapp stehende U-Boot hat in der stark bewachten Irischen See und deren Zufahrtsstraßen mit bestem Erfolg gearbeitet und dem Transportverkehr unserer Feinde neuerdings empfindlichen Abbruch getan. Durch umsichtige und energische Führung und kühnen Einsatz des Bootes gelang es dem Kommandanten, 7 Dampfer — zum Teil aus gefährlichen Geleitzügen heraus — und 3 Segelfahrzeuge mit zusammen über 26 000 Dr.-M.-L. zu versenken. Wertvolles Kriegsmaterial des Feindes und für die Kriegsführung wichtige Rohstoffe — Kupfererz, Eisenerz, Kohlen, Kork usw. wurden mit den Ladungen der Schiffe vernichtet.

Im einzelnen wurden folgende namentliche Feststellungen gemacht: Bewaffnete englische Dampfer Landonia (2504 Dr.-M.-L.), Ladung 3500 Tonnen Eisenerz nach Glasgow — der Geschäftsführer des Dampfers gefangen eingebracht — und Baron Perries (1610 Dr.-M.-L.), Ladung 1600 Tonnen Kupfererz und 2000 Ballen Kork nach Glasgow — zweiter Offizier des Dampfers gefangen eingebracht — ferner englischer Dampfer Ratana (4641 Dr.-M.-L.) und englischer Raaschuner Eichel mit Kohlenladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abgeordnetenhaus.

Auch am Freitag beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus nur mit Fragen untergeordneter Art. Beim Etat des Abgeordnetenhauses begründete Genosse Haenisch einen Antrag, der den Präsidenten ersucht, im Einberufen mit der Regierung darauf hinzuwirken, daß in ähnlicher Weise wie bei der Post, bei der Eisenbahn und bei den Artilleriewerkstätten die Hilfsbediensteten des Hauses nach einer Beschäftigung von zehn Jahren unter Anrechnung der bisherigen Dienstzeit in ein festes Anstellungsverhältnis übernommen werden. Eine Mehrheit hierfür fand sich nicht, der Antrag wurde abgelehnt, und nur der überaus schwachen Bezeichnung des Hauses ist es zu danken, daß wenigstens ein fortschrittlicher Antrag Annahme fand, der die Angestellten etwas aufbessert. Zentrum und Konserverpartie stimmten auch hiergegen.

Weiter stimmte das Haus der Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschüsse zu und erledigte neben der Sekundärbahnvorlage eine Reihe anderer Vorlagen ohne Bedeutung.

Am Sonnabend stehen wieder nur keine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Aus den Steuerkommissionen.

Die Umsatzsteuer.

Zum § 1, aus dem die Leistungen gestrichen worden sind, beantragt Abg. Dr. Jund folgende neue Fassung: „Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit, mit Ausschluß der Ubergangung und des Handels ausüben.“

Damit kämen die Leistungen zum Teil wieder in das Gebiet hinein, die geistigen Berufe wie Rechtsanwält, Schriftsteller sind jedoch durch die Beschränkungen auf gewerbliche Leistungen freigelassen.

In der ausgedehnten allgemeinen Debatte war der Abg. Erzberger dafür, die Leistungen ohne Unterschied im Gesetz zu belassen. Die Regierung erklärte sich allenfalls damit einverstanden, daß die freien Berufe von der Umsatzsteuer nicht erfaßt würden. Dagegen sei es nicht gerechtfertigt, die wirtschaftlich selbständigen freizulassen, wie dies von anderer Seite gewünscht wurde. Namens der Sozialdemokratie erklärte Abg. Keil: Unsere Stellungnahme zu dem Gesetz hängt davon ab, wie die einzelnen Bestimmungen gehalten werden. In der jetzigen Form ist die Vorlage für uns unannehmbar, denn einer steuerlichen Gerechtigkeit trägt sie nicht entfernt Rechnung. Für eine Belastung des Verkehrs mit Lebensmitteln sind wir unter keinen Umständen zu haben.

Fortschrittler und Zentrum haben beantragt, daß die Steuer sich um die Hälfte ermäßigen soll, wenn die Ware zur gemeinschaftlichen Weiterverarbeitung oder gewerblichen Weiterverarbeitung umgewandelt wird. Sie soll sich erhöhen für die Umsätze im Kleinhandel, bei einem Umsatz von 100 000 M. um 20 Proz. und steigt bei einem Umsatz von 3 Millionen M. auf 100 Proz. — Abg. Erzberger stellt dazu fest, daß es sich jetzt um drei Gruppen handelt: Die Besteuerung des Verkehrs mit Lebensmitteln, des Verkehrs mit Luxusartikeln und des Verkehrs mit anderen Waren. Der unbedingte Bedarf darf nicht wesentlich belastet werden, etwas stärker der höhere Bedarf, noch stärker der unnötige Bedarf. Lebensmittel muß man bei einem Satz von 1 M. pro Tausend belassen. Die zweite Gruppe soll man mit 5 pro Tausend den Luxus erheblich höher besteuern. Die Steuer darf aber nicht 20 Proz. erreichen, sondern höchstens 10 Proz., sonst macht man die Industrie kaputt, und die Steuer bringt dann nichts ein. Die Unterabteilung ist nach der Preisliste zu treffen. — Staatssekretär Graf Noebers hat gegen diese Einteilung Beden-

ken; einen bestimmten Kreis von Lebensmitteln besonders zu behandeln, erscheine steuerlich ganz unmöglich. Die Verarbeitungsbehandlung von Lebensmitteln würde den Ertrag der Steuer zu sehr beeinträchtigen. — Abg. Meerfeld (Soz.) tritt dafür ein, daß nicht nur die Lebensmittel, sondern der ganze notwendige Lebensbedarf steuerlich bevorzugt wird. Die Luxussteuer ist teils zu eng, teils geht sie zu weit. Wir möchten unsere Stellungnahme aber auch abhängig von der Gestaltung der Besteuerung.

Es entspann sich dann noch eine lebhafteste Debatte um die

Luxussteuer.

Verschiedene bürgerliche Abgeordnete äußerten schmerzliche Bedenken wegen der Folgen, welche diese Steuer auf die Luxusindustrie wie Goldwaren- und Porzellanindustrie haben würde. Abg. Keil erklärte: Mit der Aufnahme der Luxussteuer in dieses Gesetz wollte man es der Öffentlichkeit nur schmählicher machen. Erheblich wird der Ertrag der Luxussteuer nicht sein. Der notwendige Lebensbedarf soll nicht höher als jemals belastet werden, die Belastung ist an sich schon um so höher, als die Familie größer ist. Die Steuer muß doppelt so schwer wirken angesichts der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, unter der am meisten die Arbeiter und die kleinen Beamten zu leiden haben. Auf eine Verkleinerung des Gehalts ist deshalb nicht viel Wert zu legen, denn verdwinden wird die Steuer nicht wieder. Die Beratungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Roederns Ultimatum.

Brandweinmonopol oder Verbrauchsabgabe?

Im Ausschuss des Reichstages zur Vorbereitung des Brandweinmonopols gab Staatssekretär Graf Roedern die Erklärung ab, daß die verbandelten Regierungen nicht in der Lage seien würden, sich an den weiteren Beratungen des Ausschusses zu beteiligen, wenn die auf Ablehnung des Gesetzentwurfs und Einsetzung eines Unterausschusses zur Ausarbeitung eines Verbrauchsabgabengesetzes abzielenden Anträge angenommen würden.

Abänderung des Diätengesetzes.

In der Freitagssitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstages vom 21. Mai 1906 angenommen.

Was ist los?

Innere Geheimdiplomatie.

Im Hintergrund der Mittwochdebatte des Hauptausschusses soll sich nach einem Teil der Presse ein mühsam beilegender Konflikt zwischen Regierung und Mehrheit abgespielt haben. Im Gegensatz zu dieser Darstellung vertritt nun die „Germania“ ihre Leser von der vollkommenen Harmlosigkeit jener Vorgänge zu überzeugen. Gegen die Behauptung des „Lokal-Anzeiger“, ein Antrag des Zentrums sei vom Reichskanzler als unannehmbar bezeichnet und daraufhin zurückgezogen worden, schreibt sie:

In Wahrheit liegt ein solcher Zentrumsantrag gar nicht vor. Es konnte darum ebenso wenig Graf Hertling ihn als unannehmbar bezeichnen, wie Reichskanzler v. Bahr den Fortschrittler drohen, die Konsequenzen für seine Person zu ziehen, wenn sie nicht ihre Unterschriften zurückzögen. Wenn man den Wortlaut des sogenannten Antrages im „Lokal-Anzeiger“ näher ansieht, wird man finden, daß er sich inhaltlich mit den Richtlinien deckt, die der Abgeordnete Erzberger bereits am letzten Sonnabend im Hauptausschuss vorgetragen hatte. Das Zentrum hatte darin seine Auffassungen über die Ostpolitik zusammengefaßt, und Reichskanzler v. Bahr hat darauf bekanntlich geantwortet, sie stießen offene Türen ein. Demnach kann doch wohl von einer Differenz zwischen Regierung und Zentrum oder gar von einem Vorstoß nicht die Rede sein. Das Zentrum hatte hier keinen Grund, seine Richtlinien als Antrag vorzulegen, und der Abg. Gröber kann darum auch nicht, wie die „Vossische Ztg.“ wissen will, den Abg. Erzberger desavouiert haben.

Der Versuch, die Dinge so darzustellen, als wäre zwischen Reichstag und Regierung alles im Reinen, scheint uns ziemlich aussichtslos. Tatsache ist doch, daß nicht nur die Sozialdemokraten von dem im Osten hergestellten militärischen Friedenszustand sehr wenig erbaut sind und daß man die gegenwärtige Regierung nicht mehr oder nicht mehr allgemein für die starke Zivilregierung hält, die zu schaffen Wunsch und Absicht der Reichstagsmehrheit gewesen ist. Darüber hinaus herrscht in weiten Volkskreisen das Gefühl, daß Alldente, Annexionisten, Wahlrechtsfeinde wieder ganz oben auf sind, und daß die gegenwärtige Regierung diesen Zustand weniger bekämpft, als sie ihn durch ihr Hochvorhandensein maskiert. Man soll also nicht leugnen, daß Gegenstände vorhanden sind und man soll nicht glauben, es sei möglich, sie durch eine Art innerer Geheimdiplomatie zu vertuschen.

Eine Zentrumsfundgebung für Hertling.

H. L. W. meldet: Vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages geht uns folgende Mitteilung zur Veröffentlichung zu:

„Ueber die Mittwoch-Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages sind eine Reihe unzutreffender Mitteilungen in der Presse veröffentlicht worden. Falls ich, daß ein Antrag Erzberger eingebracht wurde oder daß er für das Plenum in Aussicht gestellt worden sei. Zutreffend ist nur, daß im Laufe der Erörterungen Richtlinien für die Behandlung der Diktanden vom Redner des Zentrums genannt worden sind, daß sie sich aber nicht zu einem Antrag verdichteten. Alle anderen Meldungen sind ebenso falsch wie die Darstellungen, daß es sich um einen Vorstoß gegen Hertling oder gegen die Oberste Heeresleitung gehandelt habe. Die Zentrumsfraktion und selbes ihrer Mitglieder ist so töricht, den politischen Segnern diesen Gefallen zu tun. Die Männer der Regierung, welche wesentlich durch das Vertrauen der Zentrumsparthei unterstützt, in ihr Amt kamen, haben nach wie vor das volle Vertrauen der Parthei.“

Hertling-Erzbergers Briefwechsel.

Das Dresdener Zentrumsblatt, die „Sächsische Volkszeitung“, veröffentlicht den Briefwechsel, der aus Anlaß der Wiener Reise Erzbergers und der darauf geknüpften Behauptungen zwischen dem Abgeordneten und dem Reichskanzler Graf Hertling entstanden ist.

Die ganze Angelegenheit hat eigentlich nur dadurch weitergehendes Interesse, daß anlässlich der Erzberger-Rede von den Alldente — und auch Erzbergers rechtsstehenden Parteigenossen — behauptet worden ist, Erzberger habe Hertling über seine Wiener Reise belogen und Hertling habe ihm deswegen heftige Vorwürfe gemacht.

Der Briefwechsel ergibt, daß Hertling gegen Erzberger den Vorwurf der Lüge nicht erhebt, dagegen ist von ver-

schiedenen „Mißverständnissen“ die Rede. Hertling gibt zu, daß er Erzberger mißverstanden habe (Graf Hertling ist bekanntlich schwerhörig), aber es sei ein „Doppelmißverständnis“ gewesen, denn auch Erzberger habe Hertling nicht richtig verstanden. Erzberger soll dem Grafen Hertling bekanntlich seine Wiener Reise ins Gesicht abgeleugnet haben, Erzberger kann sich aber darauf berufen, daß er Hertling sogar Gräfe von Verwandten aus Wien bestellt habe, daß er ferner bei den jetzigen Verhältnissen eine Reise nach Wien gar nicht hätte verheimlichen können usw. Hertling gibt das zu, will aber den Glauben haben, daß Erzberger von einer anderen, zweiten Reise nach Wien gesprochen habe, die nicht stattgefunden hätte, diese seine Auffassung sei von Erzberger nicht bemerkt worden. Hertling hält es für möglich, Erzbergers Aussage, er sei nicht bei Hofe (in Wien) gewesen, dahin falsch verstanden zu haben, daß Erzberger nicht in Wien gewesen sei, usw. —

Zwischen den Zeilen kann man lesen, daß Graf Hertling gegen Erzberger eine nicht gerade sehr freundliche Gefinnung hegt und nur in den Formen kühler Korrektheit mit ihm verkehrt.

Im übrigen wird ja wohl der von Erzberger gegen seinen sächsischen Parteikollegen angestrengte Verleumdungsprozess den Tatbestand noch weiter aufhellen.

Die Auflösung in weiter Ferne.

Ueber die Absichten der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage erfährt das „V. L.“ aus gut unterrichteter Quelle folgendes:

Die Regierung ist auf die Ablehnung des gleichen Wahlrechts auch in 3. Lesung gefaßt. Wie schon angeführt, wird der Ministerpräsident unmittelbar nachdem die Entscheidung gefallen, keinen Zweifel darüber lassen, daß er die Vollmacht zur Auflösung des Landtags bereits in Händen hat. Trotzdem soll die Vorlage auch noch an das Herrenhaus gehen, und zwar deshalb, weil die Regierung der Meinung ist, dort eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht — selbstverständlich mit „Sicherungen“ — zu finden. In der ihr vom Herrenhaus gegebenen Fassung würde die Vorlage dann erneut an das Abgeordnetenhaus gehen, und erst wenn die Zweite Kammer auch dann noch in ihrer ablehnenden Haltung beharren sollte, würde die Regierung die Auflösung tatsächlich vollziehen und dann auch, nach ihrer Auffassung, technisch leichter vollziehen können, weil es ja inzwischen Spätsommer oder Frühherbst geworden und die Bedenken, die gegen sofortige Neuwahlen im Sommer sprechen, beiseite wären.

Ähnliche Absichten konnte man ja auch schon indirekt aus gewissen Äußerungen der Regierungskredner im Abgeordnetenhaus entnehmen. Merkt die Regierung nicht, daß sie sich selber zum Gespött macht, wenn sie die angeforderte Anwendung der „schärfsten verfassungsmäßigen Mittel“ von einem Termin auf den andern vertagt? Wäre ihre Schwäche nicht offenkundig, so könnte sie längst gestiegt haben.

Chrung Kühlmanns.

Herr v. Kühlmann ist bei seiner Rückkehr von Bukarest vom Reichskanzler mit zahlreichem Stabe auf dem Bahnhof empfangen worden. Unter den Anwesenden befand sich auch der Vizepräsident des Reichstages, Dr. Paasche. Der Reichskanzler begrüßte den Staatssekretär, dieser dankte für den ehrenvollen Empfang.

Aus diesem Vorgang, über den offiziös ausführlich berichtet wird, geht hervor, daß man amtlicherseits den Wunsch hegt, den Abschluß des Krieges im Osten dekorativ zu unterstreichen. Im Vollen herrscht indes für den im Osten geschaffenen Goldkriegszustand keine Begeisterung. Wäre im Osten ein Frieden geschlossen worden, der den Krieg dort ganz zu Ende bringt und gute Aussichten für einen demnächst auch im Westen abzuschließenden Frieden eröffnet, so hätte ganz Berlin Herrn v. Kühlmann mit Jubel begrüßt. So aber mußte er sich mit den Ehren eines offiziellen Empfangs begnügen.

Milliardengewinn aus der Türklinsenbeschlagnahme.

Im Reichstag gelangte heute die von uns schon behandelte Anfrage der Abg. Keil und Meerfeld zur Beantwortung, wonach sich Privatunternehmer beim preussischen Kriegsministerium die Lieferung von Ersatzlinsen derart gesichert haben, daß ungerächtfertigte Gewinne von vielen Millionen Mark dabei erzielt werden.

Der Vertreter des Kriegsministeriums erwiderte darauf, das Kriegsministerium habe bis jetzt lediglich Probeaufträge auf Ersatzlinsen erteilt, um Erfahrungen zu sammeln. Massenlieferungen seien noch nicht erfolgt, ebensowenig seien Privatunternehmern Zusicherungen gemacht.

Das Kriegsministerium scheint danach von gewissen Dingen, die im Gange sind, nicht unterrichtet zu sein. Wir wissen von Plänen, gegen welche der Millionengewinn der v. Vehr-Pinnow'schen Sachnäherei als Vagatelle erscheint. Wir wollen der Regierung verraten, daß es sich nicht nur, wie die Anträge der Abg. Keil und Meerfeld es ausdrückt, um „viele Millionen“, sondern um eine bis anderthalb Milliarden Mark

handelt, die zwei findige Unternehmer als Gewinn aus dem Geschäft herauskalkuliert haben, wobei es sich übrigens nicht nur um Ersatz der Türklinsen, sondern auch der Fensterriegel handelt. Ihre Gewinnkalkulation beruht auf der Basis: Kosten pro Ersatzstück 4 M., Gewinn pro Ersatzstück 2 M., so daß auf jeden Sozialist 1 M. entfällt. Die thätigen Geschäftleute sind Baurat Lenz, Berlin, Unter den Linden 13, und sein Kompagnon, ein gewisser Lachmann. Lenz würde mit dem Türklinsenzug nicht den ersten Kriegsgewinn machen, der Krieg hat ihm bereits diverse Millionen eingebracht.

Das deutsche Volk hat jedenfalls ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, wie weit es seine Türklinsen zum Nutzen des Vaterlandes und wie weit zum Nutzen der Herren Lenz u. Lachmann abfließt.

Letzte Nachrichten.

Deutsche Forderungen zum russisch-ukrainischen Frieden.

Amsterdam, 10. Mai. Neuter meldet aus Moskau: Die deutsche Regierung hat dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Titscherin mitgeteilt, daß infolge des Regierungswechsels in der Ukraine die für die Verhandlungen in Kurland anwesende ukrainische Friedensabordnung ganz anders zusammengeführt werden müsse; da zu gleicher Zeit die allgemeine politische Lage verändert sei, wünsche die deutsche Regierung, daß die Friedensverhandlungen in Kiew stattfinden sollen. Die deutsche Regierung läßt die russische Regierung ein, ihre Vertreter dorthin zu entsenden.

